

Eidgenössisches Polizei- und Justizdepartement
EJPD

Bern, 23. März 2018/YB
VL PMT

Per Mail an: Stab-rd@fedpol.admin.ch

Bundesgesetz über polizeiliche Massnahmen zur Bekämpfung von Terrorismus (PMT)
Vernehmlassungsantwort der FDP.Die Liberalen

Sehr geehrte Damen und Herren

Für Ihre Einladung zur Vernehmlassung der oben genannten Vorlage danken wir Ihnen. Gerne geben wir Ihnen im Folgenden von unserer Position Kenntnis.

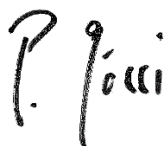
FDP.Die Liberalen begrüsst die vorliegende Vorlage. Mit dem vorliegenden Gesetzesentwurf wird das präventiv-polizeiliche Instrumentarium zur Bekämpfung terroristischer Bedrohungen verstärkt. Die präventiv-polizeilichen Massnahmen sollen ausserhalb des Strafverfahrens zur Anwendung kommen, also vor Eröffnung eines Strafverfahrens oder nach dem Vollzug einer Haftstrafe. Mit Meldepflichten, Kontakt-, Rayon- und Ausreiseverboten sowie der verdeckten Registrierung können radikalisierte Personen in Zukunft besser überwacht werden. Insbesondere geht es darum, diese Personen an einer Reise in eine ausländische Kampfzone zu hindern oder sie von ihrem radikalen Umfeld fernzuhalten.

Die vorgeschlagenen präventiv-polizeilichen Massnahmen ergänzen das strafrechtliche Antiterror-Dispositiv, dessen Verstärkung die FDP seit geraumer Zeit fordert ([15.407](#)). Die Bekämpfung von Terrorismus muss möglichst früh einsetzen, d.h. in der Phase der Radikalisierung einer Person. Daher sind Massnahmen, die in erster Linie vor dem eigentlichen Strafverfahren ansetzen, zu befürworten. Es versteht sich von selbst, dass dabei die rechtstaatlichen Grundsätze einzuhalten sind.

Wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme und die Berücksichtigung unserer Argumente.

Freundliche Grüsse
FDP.Die Liberalen
Die Präsidentin

Der Generalsekretär



Petra Gossi
Nationalrätin

Samuel Lanz